Machthabern das Recht, über die christliche Schule Entscheidungen zu treffen, für die sie nicht zuständig sind. Darum erhebt die Versammlung einmütig und geschlossen schärfsten Protest gegen alle Maßnahmen, die von den gegenwärtigen Machthabern eigenmächtig gegen die christliche Schule angekündigt und veranlaßt worden sind. Die Versammlung verurteilt die Planmäßigkeit, mit der die vorläufige Regierung durch die Entchristlichung des gesamten Schulwesens Religion und Christentum aus dem Herzen der heranwachsenden Jugend und damit des ganzen Volkes reißen will. Einmütig verurteilt die Versammlung daher den geplanten Vorstoß gegen den Religionsunterricht in den Schulen und wehrt sich entschieden gegen die vorgesehene Einführung der sogenannten Simultanschule mit zwangsweisem Moralunterricht als einer unerhörten Vergewaltigung der Religions- und Gewissensfreiheit christlicher Eltern, Lehrer und Kinder. Die Versammlung evangelischer und katholischer Männer und Frauen weiß sich einig in der Verteidigung der Freiheit der Religion und des Christentums, wie in der Abwehr unbefugter Uebergriffe und bittet das christlich-gesinnte Volk, unbeschadet aller Partei- und Klassenunterschiede ihrem Proteste beizutreten. Die Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen.

—* **Wahlversammlung.** Am kommenden Dienstag, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung der Demokratischen Partei im Hotel „Stern" statt, in der Herr Staatsminister a. D. Nitzschke, Leutzsch, über „Die politischen Forderungen der Deutschen Demokratischen Partei" sprechen wird.

—* **Chorverein Riesa.** In einer am Donnerstag, den 2. Januar d. J., anberaumten Versammlung, die den Saal der „Elbterrasse" dicht füllte, fand die Gründung des Chorvereins Riesa statt. Herr Iwan Schönebaum kennzeichnete die Ziele des neuen Vereins, die im ernsten, gründlichen Studium und in der würdigen Aufführung von Werken unsrer deutschen Meister Bach, Händel, Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Schumann, Liszt Brahms, Reger gipfeln sollen. Er erläuterte die finanzielle Grundlage des neuen Vereins, die als gesichert gilt, besprach die Aufgaben der nahen Zukunft und legte den Entwurf zur Vereinssatzung vor, der sich anlehnend an die Satzungen der Singakademien zu Dresden und zu Leipzig, einstimmig angenommen wurde und um dessen behördliche Genehmigung nun nachgeholt werden soll. In das Patronat des Vereins traten bisher ein Herr Kommissionsrat Bille, Herr Kommerzienrat Braune, Herr von dem Bussche, Herr Major Cohen, Herr Brauereidirektor Friede, Herr Sägewerksbesitzer Franz Hynek, Herr Administrator Lehmann, Herr Fabrikbesitzer Ernst Rosch sen., Herr Kommerzienrat Schönherr, Herr Stadtrat Seurig, Herr Baumeister Zänker. Der Verein zählt weiterhin eine Reihe unterstützender Mitglieder. Die Zahl der singenden Mitglieder beträgt 168, und zwar 81 Sopran, 42 Alt, 21 Tenor und 19 Baß. Den Vorstand bilden Herr Prokurist Friedmann (1. Vors.), Frau Stadtrat Seurig (2. Vors.), Herr Iwan Schönebaum (Chormeister), Frau Fabrikbesitzer Schuchardt, Frau Major Deißner, Frau Bahnhofsvorsteher Braun, Herr Fabrikbesitzer Ancke, Herr Buchhändler Ziller, Herr Architekt Lachmann, Herr Malermeister Sons, Herr Handelsschuldirektor Oehme. An die Gründungsversammlung schloß sich die erste Probe, in der Erläuterungen des 4- und 8-stimmigen Satzes an Beispielen des „Osanna" aus der As-Dur-Messe von Schubert gegeben und zwei arrangierte Lieder von Beethoven und Schumann geübt wurden. Für den Monat März ist ein Konzert mit Liederwerken von Schumann, Jensen und Brahms geplant.

—* **Protest gegen die weitere Zurückhaltung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.** Die harten Bedingungen des Waffenstillstandes wurden von Deutschland angenommen in der Erwartung, hierdurch einem baldigen gerechten Frieden die Wege zu ebnen. Die Zurückbehaltung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen im Gegensatz zur Auslieferung der feindlichen und die damit verbundene Verlängerung des Martyriums der deutschen Gefangenen mußte indessen als eine besonders grausame und ungerechte Forderung unserer Feinde empfunden werden. Dies ist umsomehr der Fall, seitdem sich zeigt, daß bis zum Abschluß der Friedensverhandlungen noch viele Monate vergehen werden, und die deutschen Gefangenen und ihre Angehörigen durch Kundgebungen in der feindlichen Presse in geradezu empörender Weise beunruhigt werden, indem eine weitere Zurückbehaltung der deutschen Gefangenen über den Friedensschluß hinaus und ihre Verwendung zum Wiederaufbau des verwüsteten Kriegsgebietes den Regierungen der Entente als Friedensbedingung anempfohlen wird. Gegen die schmachvolle, jedem menschlichen Empfinden ins Gesicht schlagende Behandlung unserer wehrlosen Gefangenen wird daher mit Entrüstung schärfster Protest erhoben. Soll dieser Protest aber eine Wirkung haben, muß er einen lauten Widerhall in der auch in Feindesland gelesenen neutralen Presse finden. Das Rote Kreuz stellt sich und seine namentlich im Kriege auf das lebhafteste unterhaltenen Verbindungen mit den Roten Kreuz-Organisationen der neutralen Länder zur Verfügung und fordert hierdurch die Bevölkerung, insbesondere die Angehörigen von Gefangenen auf, sich mit ihm zu vereinigen und möglichst zahlreich die in allen Auskunfts-, Orts- und Hilfsstellen vom Roten Kreuz in Sachsen ausgelegte Protestkundgebung zu unterschreiben, bezw. sich schriftlich ihr anzuschließen. Auch besondere Protestkundgebungen von Organisationen und Privatpersonen gegen die längere Zurückbehaltung unserer Gefangenen können bei der nächstgelegenen Auskunfts-, Orts- oder Hilfsstelle vom Roten Kreuz oder beim Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen, Dresden, Zinzendorfstraße 17, möglichst mit einigen Abschriften oder Durchschlägen, abgegeben werden. Diese Proteste gehen mit einer zusammenfassenden Zuschrift unter Mitwirkung deutscher Delegierter an die befreundeten Roten Kreuz-Organisationen der neutralen Länder, mit denen seit 4 Jahren die regste Arbeitsgemeinschaft besteht. Sie aber werden den ihnen gesinnungsverwandten Vertretern des deutschen Roten Kreuzes die Erfüllung unserer Bitte nicht versagen und das ihre dazu beitragen um der Entrüstung der deutschen Bevölkerung über die brutale Ausnutzung der augenblicklichen Machtverhältnisse an unseren Gefangenen in der Presse der neutralen und womöglich auch der feindlichen Länder Ausdruck zu verleihen. Auf diese Weise wird es möglich sein, unseren Kundgebungen das erwünschte Echo auch im Auslande zu verschaffen. Für unsern Leserkreis kommt als Annahmestelle in Betracht die Ortsstelle vom Roten Kreuz in Riesa (Knabenschule, Goethestraße). Daselbst können Einzeichnungen erfolgen vom 7. bis mit 11. Januar vormittags von 9 bis 12 Uhr.

— **Landessammlung am Epiphanienfest.** Am Epiphanienfest, dem alten Missionstage der Kirche, pflegt in den Kirchen Sachsens eine Kollekte für die Mission gesammelt zu werden. Die deutsche Mission hat unter dem Kriege außerordentlich gelitten, aber sie ist nicht, wie vielfach angenommen wird, vernichtet. Besonders die Leipziger Mission hat viel Ursache, dankbar für gnädige Bewahrung zu sein. Zwar hat der Krieg auch ihr manche Einbuße gebracht. Das indische Gebiet ist ihr vorläufig ganz aus der Hand genommen. Es wird von Missionaren der schwedischen Kirchenmission verwaltet, die damit eine ungeheuer vermehrte Arbeitslast auf sich genommen haben. In Deutsch-Ostafrika wurde mehr als die Hälfte der Missionsarbeiter in ägyptische oder indische Gefangenenlager abgeführt und damit die Stationen in Südungre und Iramba ihrer europäischen Leitung beraubt. Auf der anderen Seite konnte die Leipziger Mission in Indien und Afrika im wesentlichen in dem bisherigen Umfange weiterarbeiten. Mit Deutsch-Ostafrika war die Verbindung länger als ein Jahr unterbrochen. Erst neuerdings trafen amtliche Meldungen und statistische Belege im Missionshause ein, die recht erfreulich lauten. Es konnten 200 Heiden und 240 Täufer getauft werden, so daß die Zahl der eingeborenen Christen im vierten Kriegsjahre um mehr als 500 Seelen wuchs. Die Missionare hoffen zuversichtlich auf eine günstige Entwicklung der Dinge.

— **Zur Lage der Elbeschiffahrt** wird geschrieben: Die Elbe hat erst in den letzten Tagen einen neuen Wasserzuwachs erhalten, bei milder Witterung ist also der Betrieb ungestört durchzuführen. Die Verladung böhmischer Braunkohlen allerdings ist nach wie vor kaum nennenswert. Der Verkehr an den sächsischen Umschlagplätzen wurde durch die Feiertage ja auch etwas beeinträchtigt, war aber im übrigen rege und es muß auch betont werden, daß dort die Wagengestellung für kürzere Strecken sich im allgemeinen recht glatt vollzieht. Die Versorgung der Industrie mit Kohlen ist sehr schwach, nachdem in erster Reihe Gas- und Elektrizitätswerke und Druckpapierfabriken kommen. Der Hamburger Bergverkehr wies während der letzten Feiertagswoche auch verminderte Kohlenzufuhren auf, die Belegung anderer Massengüter ist mäßig, die Beschäftigung der Elbdampferlinien war einigermaßen rege.

—* **Stellungnahme der sächsischen Regierung zur Mieterschutzverordnung.** Der Verband der Sächsischen Hausbesitzervereine hatte an das sächsische Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, die sich gegen eine weitere Verschärfung des Mieterschutzes (Mieterschutzverordnung) wendet. Die Verschärfung wurde darin erblickt, als das sächsische Ministerium in den zur Mieterschutzverordnung erlassenen sächsischen Ausführungsverordnungen die Gemeinden zu der Anordnung ermächtigt, daß der Vermieter von Wohnräumen der Gemeindebehörde unverzüglich Anzeige zu erstatten hat, wenn eine Wohnung an einen neuen Mieter für einen höheren Mietzins vermietet wird, als ihn der letzte Mieter zu entrichten hatte. — Das Ministerium des Innern hat hierauf geantwortet, daß es durchaus die der Eingabe zugrunde liegende Auffassung, daß beim Schutze der Mieter auch die berechtigten Belange der Vermieter nicht außer acht gelassen werden dürfen, teile. Wenn es sich auch beim Mieterschutz nur um vorübergehende Notstandsmaßnahmen handle, so dürfe trotzdem der Hausbesitzerstand nicht in grundlegenden Lebensbedingungen geschädigt und insbesondere ihm auch für diese Uebergangszeit nicht die Lust genommen werden, sich an der Deckung des vorhandenen Wohnungsbedürfnisses zu beteiligen. Anfang Januar werde eine Besprechung mit Vertretern des Verbandes Sächs. Hausbesitzervereine und der Mietervereine abgehalten, in der die einschlagenden Fragen erörtert und die Grundlagen für Besprechungen mit den Mieteinigungsämtern gewonnen werden sollen.

— **Bestimmungen für das Tragen der Uniform.** Vom sächsischen Ministerium für Militärwesen ist für das Tragen der Uniform angeordnet worden: Zur Unterscheidung der noch im Heeresdienst befindlichen Personen von den bereits Entlassenen, die Uniform weitertragen, wird bestimmt, daß sämtliche aus dem Heeresdienst entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften vom Rock (Bluse) sowie vom Mantel die Schulterklappen sowie Tressen und sonstige Rangabzeichen zu entfernen haben. Dagegen haben alle im aktiven Dienst befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften auf Rock und Mantel Schulterklappen mit der Nummer usw. ihres Truppenteils zu tragen. Bei Regimentern, die bisher Namenszug trugen, sind die Schulterklappen durch solche mit Nummer zu ersetzen. (Das Gardereiter-Regiment trägt Schulterklappen ohne Nummer.) Etwa fehlende Schulterklappen beantragen die Truppenteile unmittelbar beim Kriegsbekleidungsamt. Für umgehende Durchführung des Befehls ist Sorge zu tragen. Alle zur Entlassung kommenden Mannschaften sind darauf hinzuweisen, daß widerrechtliches Tragen von Schulterklappen oder militärischen Grababzeichen strafbar ist.

—* **Die Lebensmittelzulagen für Schwerarbeiter.** Die Voraussetzungen für die Sonderbelieferung der in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiter sind jetzt nicht mehr vorhanden und seitens der Arbeiterschaft kommt mehr und mehr der Wunsch auf Aufhebung der Lebensmittelzulagen, welche einzelne Arbeiterklassen stark bevorzugen, zum Ausdruck. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat diesem Wunsche dadurch Rechnung getragen, daß er die Aufhebung dieser Zulagen im allgemeinen verfügt hat. Eine Aufhebung für alle Arbeitergruppen ist jedoch aus folgenden Gründen nicht möglich gewesen: Um das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist es unerläßlich, mit allen Mitteln auf die Kohlenförderung hinzuwirken. Die harten Waffenstillstandsbedingungen unserer Gegner zwingen ferner dazu, eine große Anzahl von Lokomotiven und Eisenbahnwagen innerhalb einer gewissen Frist abzuliefern. Es ist außerdem erforderlich, den Eisenbahnpark möglichst schnell und im großen Umfange dem deutschen Wirtschaftsleben zur Verfügung zu stellen. Um dies zu erreichen, wurde verfügt, daß den Bergarbeitern und dem Teile des Eisenbahnpersonals, welche bisher Zulagen erhalten haben, diese auch weiterhin gewährt werden sollen. Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die Arbeiterschaft diese Belieferung nicht als Ungleichheit empfinden, sondern sie unter dem Gesichtspunkte bewerten wird, daß die Not des Vaterlandes ihn zu dieser Verfügung veranlaßt hat. Er gibt sich der Erwartung hin, daß die Führer der Arbeiterschaft in diesem Sinne aufklärend wirken. Selbstverständliche Voraussetzung ist, daß die Zulagen nur solchen Arbeitern gegeben werden, welche auch tatsächlich arbeiten.

— MJ. **Oefen, Herdfeuerungen und Zentralheizungen instandsetzen. — Kohlen sparen!** Einer der Hauptanlässe zur Kohlenverschwendung ist der schlechte Zustand, in den sich in fast allen Haushaltungen die Oefen, Küchenherde und Zentralheizungen infolge der Abnutzungen in vier Kriegsjahren befinden, während deren fast keine Reparaturmöglichkeit vorhanden war. Man kann ruhig annehmen, daß diese Verschwendung an wertvollen, jetzt unersetzbaren Brennstoffen in den Großstädten ein Viertel bis ein Drittel des Gesamtbedarfes an Kohle und Koks für den Hausbrand ausmacht. Diese Verschwendung muß angesichts unserer trostlosen Kohlenlage jetzt aufhören. Oefen, Herde und Zentralheizungen müssen jetzt so schnell wie möglich repariert werden. Personal und Material ist vorhanden, es sind schon genügend Töpfer, Zentralheizungsmonteure und Ofensetzer aus dem Felde zurückgekehrt, die Beschlagnahme der erforderlichen Werkstoffe ist aufgehoben, solange noch die milde Witterung des Vorwinters anhält, ist jede Reparatur leichter ausführbar. An alle Hausbesitzer und Mieter ergeht die dringende Aufforderung, sofort alle Heizeinrichtungen ihrer Wohnungen gründlich nachsehen und instandsetzen zu lassen. Die uns am Ende des Winters voraussichtlich fehlende Menge unserer Hausbrandkohlen kann nur durch Ersparnis im Betriebe in den nächsten Wochen zum Teil hereingeholt werden und diese Ersparnis ist nur möglich, wenn alle Feuerungen in gutem Zustand sind.

—* **Ratschläge für den Kleingartenbau.** Da es bei anhaltendem Frostwetter wenig oder gar keine Gartenarbeit gibt, nütze man die freie Zeit gut aus, indem man sämtliche Gartenwerkzeuge und Geräte einer genauen Durchsicht unterzieht. So sind sämtliche eiserne Gartengeräte, Spaten, Schaufel, Düngergabel, Hacke usw. von aller anhaftender Erde zu befreien, Roststellen mit Schmirgel oder Sandpapier abzureiben und dann mit irgend einer Fettigkeit einzureiben. Sägen, Messer und sonstige bessere Werkzeuge sind am besten in der Wohnung trocken aufzubewahren. Andere Gartengeräte wie Rechen, Pflanzhölzer u. dergl., welche während des Jahres durch Benutzung gelitten haben, sind auszubessern, abgebrochene Wäscheklammern sind gut als Pinken in den Rechen verwendbar. Neue Geräte, die man noch nicht hat, kann man sich selbst anfertigen, so daß, wenn zum Frühjahr die Gartenarbeit wieder beginnt, ein jedes Gartengerät in gutem, sauberem und blankem Zustande ist. Dann hat man halbe Arbeit und umso größere Freude bei der Arbeit, als wenn man dann erst mit Ausbessern anfängt. — Wassertonnen, die bekanntlich jetzt sehr teuer sind, müssen infolgedessen geschont werden. Sind sie nicht Wasser gefüllt, so springen sie leicht durch Gefrieren des Wassers. Es ist deshalb ratsam, die Fässer zu entleeren und umzustülpen, dadurch ist auch ein Austrocknen möglich und der Fäulnis wird vorgebeugt. Andere Wasserbehälter sind ebenfalls zu entleeren, Zementbehälter mit trocknem Laub auszufüllen und mit Brettern, Dachpappen u. dergl. abzudecken. Dadurch wird viel Schaden vermieden und zum Frühjahr ist alles wieder gebrauchsfertig.

—(M.) **Aufhebung der Beschlagnahme von Ferngläsern.** Es wird darauf hingewiesen, daß eine neue Bkanntmachung des Ministeriums für Militärwesen vom 3. 1. 1919, nach welcher die Bekanntmachung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung Berlin, betreffend Beschlagnahme von Ferngläsern, sowie von Objektiven für Photographie und Projektion außer Kraft tritt, im amtlichen Teile der Regierungsblätter und größten Amtsblätter der Kreishauptmannschaften im Wortlaut abgedruckt ist.

—MJ. **Arbeitsnachweise benützen!** Bei den Arbeitsnachweisen stauen sich die Arbeitslosen, die Beschäftigung suchen, denen aber nicht genügend Arbeit nachgewiesen werden kann. Dabei fehlt es auf der anderen Seite für wichtige Arbeiten an den notwendigsten Arbeitskräften. Die Ernährungsindustrie klagt über Mangel an Leuten. Die Güterwagen können aus Mangel an Arbeitern nicht schnell genug entladen werden. Auch in der Kohlenförderung werden Kräfte benötigt. Dieser ungesunde Zustand kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeitgeber die zu besetzenden offenen Stellen unverzüglich dem nächsten nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis melden. Nur dann ist ein Ausgleich zwischen Arbeitsuchenden und offenen Stellen möglich. Auch die Erwerbslosenunterstützung kann verständig nur durchgeführt werden, wenn alle vorhandene Arbeitsgelegenheit den Arbeitsnachweisen bekannt ist, da Unterstützung nur denen gewährt werden darf, für die tatsächlich keine Arbeit vorhanden ist. Alle Arbeitgeber sind daher — wie das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung mitteilt, — verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch Post und Eisenbahn. Für Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen wird gesorgt.

—* **Dürrobst und Rübensauerkraut.** Der Absatz von Dürrobst an Kommunalverbände und an die Landesstellen für Gemüse und Obst ist durch eine Bekanntmachung der Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen vom 20. Dezember 1918 (Reichsanzeiger Nr. 302) freigegeben, auf die im einzelnen verwiesen wird. Völlig freigegeben ist neuerdings der Absatz von Sauerkraut aus Rüben aller Art.

Meißen. In Zehren erlitt am 18. Dezember ein aus dem Westen heimkehrendes Heeresautomobil an einer Straßenbiegung einen Schaden, der sich nicht sogleich beseitigen ließ. Der Führer benutzte eine passende Gelegenheit zur Heimfahrt und ließ sein Fahrzeug an Ort und Stelle stehen, wo es auch heute noch steht, ohne daß sich außer der Zehrener männlichen Schuljugend jemand darum kümmert. Aehnlich wie dem Auto ergeht es einigen Geschützen in Zabel, die von ihrer Mannschaft verlassen auf dem Felde stehen. („Meißn. Tgbl.")

Dresden. Der 20jährige Realschüler Johannes Schüßler aus Klein-Lugau lernte hier einen jüdischen Händler aus Warschau kennen, der im Besitze bedeutender Geldmittel war. Er beschloß, diesen zu berauben. Mit einem selbstangefertigten Ausweise, der ihn als Vollzugsbeamten der Polizei und des A.- und S.-Rates legitimierte, bestimmte er zwei Soldaten, mit ihm nach dem Fremdenhof „Reichspost" zu gehen, um diesen Händler sämtliches Geld und Schmucksachen abzunehmen. Jedem der Soldaten hatte er 1000 Mark Belohnung versprochen. Die Soldaten verständigten aber die Polizei und ließen ihn in jenem Fremdenhof festnehmen.

Stollberg. Bei den Stadtverordnetenwahlen erhielten die Sozialdemokraten mit 2260 Stimmen 13 Sitze und die vereinigten Bürgerlichen mit 932 Stimmen 5 Sitze.

Bautzen. Drei Pferde im Gesamtwerte von 10 000 Mark sind in der Nacht zum Donnerstag aus der Husarenkaserne gestohlen worden. Auf die Ermittlung der Diebe ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

* **Bautzen.** Wie die Amtshauptmannschaft Löbau mitteilt, ist laut bezirksärztlicher Erklärung in Orten der Amtshauptmannschaft Bautzen der Ausbruch der Pocken festgestellt worden.

Glauchau. Die Bemühungen um Zurückführung unserer beiden Lutherkirchenglocken haben zum Ziele geführt. Ihr Rückkauf zum seinerzeit bezahlten Uebernahmepreis ist genehmigt. Der Rücktransport der auf dem Bugraplatz in Leipzig lagernden Glocken ist in die Wege geleitet.

Schwarzenberg. Bei der am 29. v. Mts. vollzogenen Stadtverordnetenwahl erhielten die Mehrheitssozialisten 1128, die Unabhängigen 314, die Handel- und Gewerbetreibenden 707 und die Beamten 779 Stimmen, demnach die Mehrheitssozialisten 7, die Unabhängigen 2, die Handwerker und Handeltreibenden 4 und die Angestellten 5 Sitze. — In Wildenau bekamen die Sozialdemokraten 5 und die Bürgerlichen 3 Sitze.

Versammlung sächsischer Arbeiter- und Soldatenräte in Riesa.

(Schluß des Berichts aus voriger Nummer.)

Punkt 2 der Tagesordnung betraf folgenden Antrag Zeithain-Riesa:

1. Die Arbeiter- und Soldatenräte der kleineren Städte und Ortschaften verlangen Gleichberechtigung mit den Arbeiter- und Soldatenräten der Großstädte. Die politische und gewerkschaftliche Vertretung bei Konferenzen und Sitzungen des Landesrates muß voll gewährleistet sein.
2. Zu jeder Sitzung oder Konferenz der Zentralleitung der Arbeiter- und Soldatenräte Sachsens haben die Vertreter aller Ortschaften, die Arbeiter- und Soldatenräte haben, Sitz und Stimme.
3. Bestimmungen und Verfügungen von größerer Tragweite, die für alle Orte Sachsens Gültigkeit haben, könnten nur in einer Landeskonferenz festgelegt werden.
4. Es ist schnellstens dafür zu sorgen, daß alle bisherigen Inhaber militärischer Gewalten (Offiziere) entfernt werden. Offiziere auf Wahl bleiben. Kommandierende Generale werden nicht mehr anerkannt und müssen durch wirkliche geeignete Kräfte ersetzt werden.
5. Alle Bekanntmachungen der Landesbehörde dürfen in Zukunft keinerlei militärischen Charakter tragen. Garnisonbefehle usw. sind in „Bekanntmachungen" umzuändern.
6. Den Arbeiter- und Soldatenräten Dresdens, Leip-

SLUB
Wir führen Wissen.